

Je mehr Moral die Politik verlautbart, desto geringer wird der moralische Anspruch, den der Bürger noch an sie stellt.
Johannes Gross

Nach dem Sieg der Koalition

Das Ergebnis der Wahlen zum siebten Deutschen Bundestag hat die meisten überrascht und nicht wenige irritiert. Kein Wunder, daß unter dem ersten Eindruck der sich abzeichnenden Kräfteverschiebungen nicht nur von einer *unerwarteten Konsolidierung zugunsten der Regierungsparteien*, sondern von einer grundlegenden Wende nicht nur im Wählerverhalten, sondern in der deutschen Politik gesprochen wurde. Die Ära Adenauer, so konnte man in manchem Kommentar lesen, sei nun auch in ihren letzten Ausläufern vorbei, die politische Macht sei endgültig auf die „anderen“, auf die „progressiven“ Sozial- und Freidemokraten übergegangen; die über zwanzigjährige CDU-Herrschaft sei nun nicht nur durch ihre Gegner im Parlament, sondern durch eindeutigen Wählerwillen beendet. Die Unionsparteien würden es nun lernen müssen, sich in ihrer Rolle als Opposition zu regenerieren. Großzügig, wie manch einer im Überschwang des Wahlsieges bezüglich der eigenen Zukunft nun einmal war, fixierte man auch gleich das Zeitmaß: Zwanzig Jahre würden die Unionsparteien möglicherweise benötigen, um die Regierungsfähigkeit wieder zurückzugewinnen. Und Pessimisten unter den Unionsanhängern prophezeiten bereits skandinavische Verhältnisse; zwanzigjährige Linksherrschaft möglicherweise mit einer absoluten SPD-Mehrheit ab 1976, und dies ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, an dem die sozialdemokratische Vorherrschaft in skandinavischen Ländern zu zerbröckeln beginnt, Labour in England politisch ein fast mitleiderregendes Bild bietet und in den USA ein konservativ-bürgerlicher Präsident mit der fast plebiszitären Mehrheit von 61 % im Amt bestätigt wurde.

Trend, aber keine Wende

Auf beiden Seiten schien hier *ein Stück deutscher Fatalismus* im Spiel zu sein, dem die Realisierung eines der Grundgesetze der parlamentarischen Demokratie, der mehr oder weniger regelmäßige Wechsel der Regierung in

die Opposition und umgekehrt, immer noch nicht so recht einleuchten will. Manche, so *Walther Schmieding* in der „Deutschen Zeitung“ vom 8. Dezember 1972, entwarfen fast schon perfekte Wechselspiele in die Zukunft hinein: SPD-Neinsager in den fünfziger, CDU-Neinsager in den siebziger Jahren mit der Konsequenz eines jahrzehntelangen Vegetierens als politische Minderheit, obwohl die siebziger Jahre nicht die fünfziger sind, die CDU bei Gott nicht Spiegelbild der SPD von damals, das Nein zu den Ostverträgen (einschließlich des sich anbahnenden zum Grundvertrag) an Intensität und Struktur ein anderes ist als das Nein der SPD zur Wiederaufrüstung und zu den Westverträgen und darüber hinaus nicht gesagt ist, daß die Außenpolitik auch in den nächsten Legislaturperioden wahlentscheidend bleibt. Mehr als Realitätssinn und das Prinzip der Wahrscheinlichkeitsrechnung ist bei solchen Gedankenspielen wohl die tief eingefleischte, im Grunde vor-demokratische Auffassung am Werk, nach der Opposition ein Übel und keine für das Funktionieren einer parlamentarischen Demokratie dem Regierungsgeschäft gleichwertige Aufgabe ist. *Herbert Wehners* taktische Parole an die eigene Fraktion während der Koalitionsverhandlungen, der Rückgang an CDU-Wählerstimmen sei „kein Naturgesetz“ (Die neue Gesellschaft, Dezember 1972) war in diesem Punkt der Realität vermutlich sehr viel näher.

Auch die Behauptung von der *politischen Wende* hat genauer besehen nur ihre sehr relative Richtigkeit. Sie besagt einerseits zu wenig, andererseits zu viel. Sie besagt zu wenig, weil durch sie die bereits hinter uns liegende Entwicklung unterschätzt wird. Die Schwergewichtsverschiebung vom 19. November 1972 kam nicht über Nacht, sondern entwickelte sich zum einen langfristig, zum anderen war sie von langer Hand vorbereitet und hatte sich politisch auch bereits früher vollzogen. Bei der jetzigen Wahlentscheidung handelt es sich offensichtlich um die dritte Phase eines Aufstiegs, der politisch mit der Ablösung der Regierung *Erhard* durch die große Koalition zwischen Christ- und Sozialdemokraten begann und 1969

zunächst mit der Wahl *Gustav Heinemanns* zum Bundespräsidenten und dann im gleichen Jahr durch die Übernahme der Regierung durch die SPD-FDP-Koalition gegen die damals größte Fraktion, die CDU/CSU, fortgesetzt wurde. Wählertrend und gezielte Strategie ergänzten sich dabei. Aber erst der *Institutionsvorteil*, d. h. die Übernahme von Regierungsverantwortung zunächst als rettender Juniorpartner der Unionsparteien, dann ab 1969 als führende Regierungspartei im Bund mit den Freien Demokraten, ermöglichte den Aufstieg der Sozialdemokraten zur Partei der relativen Mehrheit.

Der *Wählertrend hin zur SPD* reicht aber noch weiter zurück. Seit der Verabschiedung des Godesberger Programms ist der Stimmenanteil der Sozialdemokraten kontinuierlich gewachsen; auch in der Stärke der Zunahme ist das Resultat vom 19. November nicht Verdoppelung, sondern Fortsetzung des Trends: von 1957 auf 1961 gewann die SPD 4,4% hinzu, 1965 3,1%, 1969 3,4 und 1972 3,2%. Gemessen an diesem kontinuierlichen Wachstum ist der Zugewinn an Zweitstimmen bei der letzten Wahl also rein numerisch gar nicht so sensationell. In manchen inländischen und vor allem ausländischen Kommentaren (vgl. *Le Monde*, 21. 11. 72) wurde beinahe so geschrieben, als ob die sozial-liberale Koalition nicht schon seit 1969 und die SPD nicht schon seit 1966 in der Regierung wäre. Siegesfreude oder, je nach Standort, Betroffenheit schienen so groß zu sein, als ob die Koalition quasi erst durch die Stimmenverlagerung vom 19. November an die Regierung gekommen und die SPD gleichsam aus dem Stand in die Position der Partei der relativen Mehrheit gehievt worden wäre. Diese Reaktion konnte nur das Produkt einer wesentlich fehlorientierten Wahlerwartung gewesen sein. Sie dürfte sich bei Siegern und Besiegten aus der Tatsache erklären, daß die sozial-liberale Koalition in den drei Regierungsjahren, die mit der vorzeitigen Auflösung des Bundestages beendet wurden, zwar *politisch* (als Träger der Regierungsgewalt) als der stärkere Part erschien, der das Gesetz des Handelns bestimmte und wenigstens außenpolitisch Erfolg hatte, *parlamentarisch* aber wegen der drohenden und dann eingetretenen Pattsituation in Wirklichkeit der eher schwächere Kontrahent war und auch als solcher empfunden wurde.

Keine absoluten Präferenzen

Die Behauptung von einer grundlegenden Wende geht zugleich zu weit: Es gibt zwar einen bzw. zwei eindeutige Sieger: den Kanzler und die Koalition. Der Wähler sagte ja zum Kanzler, und er wollte die Fortsetzung der Koalition, er veränderte die relative Mehrheit zwischen den beiden großen Parteien, gab aber keiner der Parteien eine eindeutige Präferenz. Eine solche Präferenz läßt sich trotz eines *bewußt und extensiv angewandten Splittings* auch nicht aus dem Unterschied zwischen Zweit- und Erst-

stimmenverteilung herauslesen. Dazu ist dieser Unterschied (+ 0,3 bei der CDU/CSU, + 0,5 bei der SPD und + 0,1 bei der FDP) zu gering. Die Verhältnisse sind eher ausgeglichen. Ein Trend ist zwar überdeutlich bestätigt, aber er ist auch wiederum nicht so übermächtig zum Durchbruch gekommen, daß man von einem Erdbeben sprechen könnte: Die zwei großen Parteien, die in einem Abstand von nur 1,1% einander auf den Fersen sind, haben insgesamt 90,7% der Stimmen erhalten, gefolgt von einer Kleinpartei, die als dritte Kraft bestätigt wurde, ohne daß der *Zug zum Zweiparteiensystem* endgültig gestoppt worden wäre. Das heißt nicht, daß dieser während der kommenden Legislaturperiode nicht auf lange Sicht zum Stillstand kommen könnte: Die Profilierungschancen der FDP sind wegen der enormen parteiinternen Spannungen innerhalb der SPD sehr groß. Personell konnte sie trotz der Gratwanderung entlang der 5%-Klausel manche Schwächen in der Regierungsmannschaft seitens der SPD ausgleichen: dies hat bereits bei der Wahl zu Buch geschlagen; bei schwacher SPD-Regierung und zerstrittener Opposition könnte sie nach beiden Seiten weiter aufholen. Aber es bleibt bei der Feststellung von *Erwin K. Scheuch* (*Deutsche Zeitung*, 24. 11. 72), daß die FDP nicht um ihrer selbst willen, sondern als Korrektur-Partner der Koalition gewählt wurde. Ihr Zuwachs war (mit 8,4%) gemessen an der unteren Grenze von 1969 (5,8%) beträchtlich. Er liegt aber unter dem Durchschnitt der Bundestagswahlen seit 1949 und noch um 1,1% unter dem Resultat der Erhard-Wahl von 1965.

Die CDU-CSU ihrerseits ist rein numerisch nicht so weit zurückgefallen, daß von einer kategorischen Absage an die Unionsparteien die Rede sein könnte. Diese liegen mit ihren 44,8% ganze 1,3% hinter dem Ergebnis von 1969, ganze 0,5% hinter dem Ergebnis der Spät-Adenauerwahl 1961 und ganze 0,4% hinter dem Resultat von 1953.

Die Feststellung vom schlechtesten Resultat der Union seit 1949 ist also sehr relativ, aber sie ist zugleich ambivalent, d. h., auch diese Feststellung besagt zugleich zuviel und zugleich zuwenig. Sie übertreibt, weil knappe 45% der Wählerstimmen nach zwanzigjähriger Regierungs- und dreijähriger Oppositionszeit als Partei der relativen Mehrheit immer noch ein beträchtliches Vertrauenskapital der Wähler bedeuten, mit dem sie weder im Jetztstand noch in der Gesamtentwicklung hinter den anderen christlich-demokratischen Parteien Europas (Italien, Österreich, Belgien) zurückbleibt. Sie untertreibt aber zugleich, weil das jetzige Ergebnis eine *Sättigungsgrenze* markiert, an der die Unionsparteien auf Bundesebene bereits seit 1961 entlangwandern. D. h., sie befinden sich bereits seit 10 Jahren in einer Stagnationsphase, die sich allerdings bei den Schwesterparteien noch deutlicher abzeichnet.

In diesen Jahren hat sie auf Bundesebene wenig an Prozenten, wohl aber an sozialem Terrain als Volkspartei

verloren, während die Sozialdemokraten sich neu als „Arbeitnehmerflügel der Gesellschaft“ (*Helmut Schmidt*) profilieren und deswegen in ihren industriellen Hochburgen wie bei der ländlichen Mischbevölkerung (mit starkem Arbeitnehmeranteil neben selbständigen Landwirten) nochmals kräftig aufholen konnten, ohne in den städtischen Mittel- und Aufsteigerschichten, die sich stärker der FDP zuwandten, zu verlieren. Was die Koalitionsparteien insgesamt und speziell die Sozialdemokraten begünstigte, war die Spaltung des „Wahlrends“ in einen „Genossentrend“ und in einen „Bürgerrend“ (*Rolf Zundel* in der „Zeit“ vom 9. 12. 72). Allerdings handelt es sich hier um eine einmalige Kombination, die nicht zuletzt durch die *Image-Bindung* der CDU an das deutsche Unternehmertum und die nur zögernde Herausstellung ihres Kanzlerkandidaten verstärkt wurde. Langfristig interessant ist daran nur, daß die SPD ihr Gesicht als Volkspartei der linken, der „neuen Mitte“ (*Willy Brandt*) trotz ihres Bekenntnisses als Partei der „Arbeitnehmerbewegung“ halten konnte. Allerdings scheint das Zutrauen des Bürgerrends an Kanzler und Koalitionsformel gebunden zu sein.

Religiöse Motive verlieren an Gewicht

Kurzfristig unscheinbarer, aber längerfristig folgenreicher für das Stärkeverhältnis der Parteien untereinander ist eine doppelte Verschiebung in der Wählermotivation: einmal das Nachlassen religiös oder konfessionell motivierten Wählerverhaltens, sodann die auffallende Regenerierung des „Glaubenselements“ in einer irrationalen Bekenntnisbereitschaft zu Personen und Programmen im politischen Entscheidungsprozeß. Der zweite ist zunächst wohl als konjunkturelle Verstärkung des ersteren anzusehen, aber es drängt sich die Frage auf, wieweit gerade der Ausfall an Glaubensmotivation und ethischer Verankerung im persönlichen Lebensstil und in den Gruppenbeziehungen zu einer *Dauerprojektion von moralischen und quasi weltanschaulichen Postulaten* ins politische Geschehen und auf seine Integrationsfiguren („Kanzlerkult“) führt. Für den erstgenannten Trend ist die Veränderung der Parteipräferenzen bei „den“ Katholiken nur ein Indiz, dessen Aussagewert äußerst begrenzt ist. Er fällt mit ca. 5 % mehr für die SPD (nach Allensbacher Untersuchungen: vgl. auch ds. Heft, S. 20) nicht so stark ins Gewicht, und es wäre überdies zu prüfen, wieweit hier eine wirkliche Öffnung der Katholiken gegenüber der SPD stattfindet oder inwieweit gerade im ländlichen Raum der soziale Aufstieg und der Wandel der gesamten Lebensverhältnisse, positiv ausgedrückt, eine größere Offenheit im Wahlverhalten, negativ ausgedrückt, eine größere *Trendanfälligkeit für ein emanzipatorisch formuliertes politisches Credo* zur Folge hat.

Diese Hypothese bestätigt sich, wenn man den Konfessionsaspekt kombiniert mit dem Verhalten jener Grup-

pen, denen neben den „Arbeitern“ die Koalition den Wahlsieg am meisten verdankt: den Jungwählern und den Frauen: Hier war es wohl nicht nur so, daß Jugendliche und Frauen „traditionell“ wählten, also nach dem Institutionsvorteil entschieden, sondern nicht zuletzt im Blick auf die rechtspolitischen Programme (Eigenständigkeit, Gleichberechtigung, Selbstverfügungsrecht) sich mit der politischen Figur Brandt und nicht weniger mit der von den Koalitionsparteien propagierten Variante von „Progressivität“ identifizierten. Das, was an „Hoffnung“, „Heil“ und „Mitleid“ politisch angeboten oder suggeriert wurde, traf genau auf ein für unsere Zeit charakteristisches *sozialpsychologisches Syndrom von Emanzipationsbewußtsein und Selbstmitleid*. Dabei hatte man streckenweise den Eindruck, selbstmitleidiges Emanzipationsbewußtsein vertrage sich mit bis zur Verbissenheit gesteigerter Progressivität ebenso wie das Glaubensbekenntnis zu einer Friedenspolitik, deren realpolitischen Zusammenhänge eine Mehrheit der Bürger weder durchschaut noch kennt, mit einer satten Konsummentalität, deren Voraussetzungen man gesichert wissen möchte.

Es trifft zweifellos zu, was *Bernhard Vogel* im Interview ds. Heftes (vgl. S. 20) feststellt, daß auch innerhalb der sich als gläubig bekennenden Katholiken und Gruppen von Katholiken das politische Meinungsbild sich differenziert. Zu Buche geschlagen hat aber offensichtlich nicht so sehr diese Form von Pluralisierung von Meinungen, sondern das Nachlassen, die Überlagerung und Ersetzung von religions- und konfessionsspezifischem Wählerverhalten, sei es durch rein pragmatische Orientierungskriterien, sei es durch sozialpsychologisch motivierte politische Heilserwartungen. Dies dürfte übrigens nicht nur für den katholischen Bevölkerungsteil gelten, sondern noch mehr für das liberale protestantische Bürgertum, dort allerdings mit stark nationaler Komponente. Die Verluste der CDU in fast rein protestantischen Gegenden mit gleichzeitiger höchster Zuwachsrate der Sozialdemokraten (Bremen, Schleswig-Holstein) sind ein kleiner, sicher noch genauer zu untersuchender Hinweis darauf.

Allerdings kann man auch hier nicht eigentlich von einer Wende, sondern nur von einem vollen Sichauswirken eines langfristigen Trends sprechen. Die Parteien tragen dem im Grunde ja auch schon seit langem Rechnung. Auch die CDU versteht sich, sofern dies je der Fall war, längst nicht mehr als politische Integrationsfigur der christlichen Konfessionen, sondern als Integrationsbewegung differierender Interessen sozialer Gruppen im Rahmen einer Volkspartei auf dem Hintergrund eines weitgehend „säkularisierten“ Wählerverhaltens. Dabei spielen die Kirchen als Gruppen eine Rolle, aber sicher nicht die wesentliche. Daß auch die christliche Motivation ihren programmatischen Glanz verloren hat, zeigt nicht einmal so sehr der immer wieder vermiedene Streit um das „C“, sondern noch deutlicher der sicher nicht unrealistische Hinweis eines norddeutschen Bischofs, die moralische Substanz sei in allen Parteien „erschreckend“ gering.

Schwierigkeiten für die Kirche

Die Kirche muß aus diesem langfristig nicht umkehrbaren Trend politischer Tiefenströmungen selbstverständlich ihre *Folgerungen* ziehen: *um ihrer selbst willen*, weil eine enge und fast selbstverständliche Identifizierung der Kirche mit Parteien, die auf Interessenvertretung und zugleich auf Interessenausgleich angelegt sind, ihre Glaubwürdigkeit als Religionsgemeinschaft und als moralisch bewegende Kraft in der Gesellschaft belastet; *der Parteien wegen*, weil eine zu direkte Bindung einer Kirche Mehrheiten fast mit Sicherheit eher verhindert als verstärkt. Die Kirche wird sich auch darüber im klaren sein, daß sie das Verhältnis zu den Parteien nicht nur neu variieren, sondern neu bestimmen muß, und sie wird sich ebenfalls darüber im klaren sein, daß sie dies verspätet, gewissermaßen im Nachholverfahren und unter erschwerten Umständen tun muß.

Zu den *erschweren Umständen* gehört nicht nur die Tatsache, daß sich christliche Motivationen zusehends verflüchtigen, sondern noch mehr, daß in dem Maße, in dem dies geschieht, Parteien, die der Kirche traditionsgemäß fernstehen, *das Gespräch weniger suchen, weil es ihnen politisch nicht mehr signifikant genug erscheint*. Ein sehr aufschlußreiches Beispiel bot bereits die Wahlnacht. Willy Brandt hat zwar um den Wahltermin herum die Katholiken in jeder Hinsicht hofiert, sich über das künftige Verhältnis seiner Partei zu den Katholiken optimistisch geäußert, Kompromißmöglichkeiten in Sachen § 218 angedeutet und sich schließlich dafür bedankt, daß der Kanzlerbonus auch bei Katholiken angeschlagen hat. Aber der noch in der Wahlnacht von Herbert Wehner ausgestreute Vorschlag des Kanzlers, eine Frau zum Bundestagspräsidenten wählen zu lassen, war nicht nur eine chevalereske Verbeugung gegenüber den Frauen, sondern eine weniger generöse Maßnahme auf „katholisch“ gefärbtem Hintergrund. Nehmen wir einmal an, die Eleganz, die darauf verwendet wurde, die Kandidatur Hermann Schmidt-Vockenhausens gar nicht erst ins Gespräch kommen zu lassen, obwohl der sozialdemokratische Vizepräsident nach politischen Gepflogenheiten an der Reihe gewesen wäre, hätte mit der Tatsache, daß dieser sich prononciert als Katholik zu erkennen gibt und Mitglied des ZdK ist, gar nichts und alles nur mit seiner konservativen Art, Sozialdemokrat zu sein, zu tun. Dennoch zeigt es sich, daß die Rücksichten auf linke Gruppen in der Partei wichtiger waren als der Versuch, gegenüber „den“ Katholiken das Gesicht zu wahren, obwohl gerade dieser Sozialdemokrat 11 000 Erststimmen zusätzlich gewann, also an der Basis offensichtlich ein Vertrauensbezug bestand.

Zu den erschwerenden Umständen gehört auch, daß das Verhältnis zwischen Kirche und Parteien insgesamt schlecht ist oder sich mindestens deutliche Zeichen der Entfremdung zeigen. Das gilt (wenigstens in bezug auf die

Unionsparteien) auch für die evangelische Seite, soweit man dort überhaupt von einem Verhältnis sprechen kann. Mitten im Wahlkampf beklagte sich der schleswig-holsteinische Justizminister Henning Schwarz vor dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU über die Antihaltung vieler evangelischer Kirchenmänner gegenüber seiner Partei. Das Verhältnis zwischen katholischem Episkopat zur SPD hat sich während der Regierungszeit der sozial-liberalen Koalition trotz einzelner Ausgleichsbemühungen auf beiden Seiten vor allem wegen rechtspolitischer Fragen und wegen einer eindeutig estatistischen Tendenz der SPD in der Wohlfahrtspolitik verschlechtert. Aber auch das Verhältnis zwischen Kirche und CDU ist gestört. CDU-Politiker klagen immer wieder über mangelnde Seriosität im theologischen Disput und über den Ausfall einer soliden Meinungsbildung durch die Kirche als vorpolitischen Raum. „Die Kirche“ müsse nun endlich ihr eigenes Haus bestellen, um ihre Aufgabe als Gesprächspartner im vorpolitischen Raum zu erfüllen. Auch von der Kirche nahestehenden Politikern wird ihr das Scheitern oder die Hilflosigkeit in der Verwirklichung der eigenen Reformen zum Vorwurf gemacht (vgl. ds. Heft, S. 23). Von kirchlichen Sprechern wiederum ist der Vorwurf an die CDU zu hören, diese habe die „konziliare Öffnung“ der Kirche nicht akzeptiert und nicht vollzogen (so der Direktor der Katholischen Akademie in Bayern, Franz Henrich, in einem Journalistengespräch nach der Wahl — nach KNA, 24. 11. 72).

Besinnung auf den vorpolitischen Raum

Dennoch hat die Kirche *im vorpolitischen Raum eine unverzichtbare Funktion*, die sie auch parteienkritisch wird verstehen müssen. Es kann zwar nicht in erster Linie Aufgabe der Kirche sein, festzustellen, so wie es im Wahlstatement des Rates der EKD stand, daß alle Parteien fähig und geeignet seien, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Dies wäre nach klassisch katholischer Soziallehre eine technische, d. h. rein politische Sachfrage, die in letzter Instanz der Wähler zu entscheiden hat. Wohl aber muß die Kirche schon ihrer moralischen Glaubwürdigkeit wegen sich sowohl gegen jede Verkehrung politischer Programme in reine Konsum- oder Wirtschaftsinteressen wie gegen eine Verfremdung des Politischen als Glaubens- und Moralersatz wenden. Beide Gefahren sind gegenwärtig gleich groß, aber nicht in gleicher Weise auf die drei Parteien verteilt. Es müßte deswegen kein Unglück sein, wenn sich zwischen einer auf ihre Aufgaben im vorpolitischen Raum, auf ihre *politische Bildungs- und Aufklärungsarbeit* sich besinnenden Kirche und einer sich geistig regenerierenden CDU eine *neue Nähe in der Sache* entsünde.

Das Verhältnis der Kirche zu den Koalitionsparteien wird sich langfristig sinnvoll nur danach orientieren können,

wieweit sich diese auch für Katholiken zu Volksparteien entwickeln, d. h., wieweit sie Katholiken, die sich in ihren Parteien engagieren, gleichgültig welcher katholischen Couleur sie sind, denselben politischen Spielraum geben bzw. lassen wie allen anderen. Dazu gehört auch, daß sie den Katholizismus insgesamt so akzeptieren, wie er ist, und daß man nicht etwa nach *Karl Hermann Flachs*

(FDP) süffisanter biblischer Sprachregelung von der „kleinen Partei“ und der „kleinen Herde“ opportunistisch „progressive“ Gruppen am Rande der Kirche sammelt, um sie politisch gegen diese auszuspielen. Alle Versuche der Annäherung außerhalb des Weges über Volksparteien mit weitem positivem Toleranzrahmen wären schlechter politischer Proselytismus
D. A. Seeber

Kirchliche Vorgänge

Der Fall Pfürtner

Seit Ende November ist in der Schweiz der „Fall Pfürtner“ wieder ins Rampenlicht getreten und hat die Gemüter erneut erhitzt. Um diese Zeit wurde nämlich bekannt, Prof. *Stephan Pfürtner OP*, Ordinarius für Moraltheologie an der Universität Freiburg in der Schweiz, werde die „*missio canonica*“, die kirchliche Lehrbefugnis, entzogen, die Entlassung des Professors durch die Freiburger Regierung stehe unmittelbar bevor. Anstatt der erwarteten Entlassung gab aber der Freiburger Staatsrat wenig später bekannt, er wolle keine Entscheidung treffen, bevor er die Meinung der Schweizer Bischofskonferenz gehört habe, deren ordentliche Versammlung unmittelbar bevorstand. In der Erklärung der Bischofskonferenz vom 5. Dezember 1972 scheint der Unmut über das römische Vorgehen deutlich durch, nicht zuletzt weil dieses Vorgehen ihre eigenen Vermittlungsbemühungen praktisch ignorierte. Der Freiburger Staatsrat stellte nach der Erklärung der Bischöfe seinerseits fest, er werde Pfürtner vorläufig nicht entlassen. Doch kann deswegen noch keineswegs von einer Lösung des Falles gesprochen werden. Die Entscheidung ist bloß aufgeschoben.

Worum geht es?

Worum geht es eigentlich in dieser Angelegenheit? Die Lage ist so verwor-

ren, und es bestehen so viele Informationslücken, daß nur versucht werden kann, von verschiedenen Seiten her etwas Licht in die Sache zu bringen.

Am Anfang der „Affäre“ stand ein Vortrag, den Prof. Pfürtner, am 3. November 1971 in Bern, im Rahmen der Bildungswochen der Berner Katholiken „*Progressio 71*“ gehalten hatte. Dieser Vortrag zirkulierte bald danach in vervielfältigter Form. Seit dem Frühjahr liegt er in einer vom Autor durchgesehenen Fassung vor: *Moral — Was gilt heute noch? Erwägungen am Beispiel der Sexualmoral* (Benziger, Einsiedeln 1972).

In diesem Vortrag ging es Pfürtner vor allem darum, einen ethischen Legalismus zurückzuweisen und zu einer Moral persönlicher und sozialer Verantwortung hinzuführen. Er faßte seine Überlegungen zusammen in „Grundsätzen einer zukünftigen Sexualmoral“ (S. 23—25), die als die „12 Thesen“ von Prof. Pfürtner durch viele Zeitungen gingen. An diese Grundsätze schlossen sich im Vortrag Anwendungen auf zwei Verhaltensbereiche an: Masturbation und vorehelicher Geschlechtsverkehr. „Zur Frage vorehelicher geschlechtlicher Beziehungen geht aus dem, was grundsätzlich zur Geltung von einzelnen Geboten gesagt wurde, hervor, daß das entsprechende Verbot nicht in sich

sakrosankt und absolut ist“ (S. 28). Auf der Basis dieser grundsätzlichen Aussage erörterte Pfürtner die vielfache Verantwortung, die von den Partnern gefordert ist. Von einer simplen „Freigabe vor- und außerehelichen Geschlechtsverkehrs“, wie besonders von Pfürtners Gegnern immer wieder zu hören war, kann nicht die Rede sein. Pfürtner hatte zudem den ganzen Vortrag ausdrücklich als Diskussionsgrundlage und Denkanstoß bezeichnet, was aber den Reaktionen nach zu schließen von einem guten Teil der Zuhörer nicht realisiert wurde. Es wurde ihm in der Folgezeit gerade auch von Leuten, die ihm günstig gesinnt waren, vorgeworfen, er habe die Zuhörer überfordert, er habe es an pastoraler Klugheit fehlen lassen.

Am 1. Februar 1972 erfuhr die Öffentlichkeit durch ein gemeinsames Komunique des Generalmagisters der Dominikaner, *Aniceto Fernandez*, und von Prof. Pfürtner, der Bischof von Freiburg, *Pierre Mamie*, habe sich wegen des Berner Vortrags mit einer Anfrage an den Sekretär der Glaubenskongregation in Rom gewandt; der Dominikanergeneral habe dem Professor ein *Sabbatjahr*, d. h. ein freies Studienjahr, vorgeschlagen, um eine Klärung der aufgetretenen Probleme zu ermöglichen. Prof. Pfürtner habe sich dazu bereit erklärt, sofern, neben anderen Bedingungen, die Fakultät,